

**1. Änderung des
Bebauungsplanes Nr. VI/55
'Wohnbebauung
Campus Wolfsanger'**

beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB

Begründung

- ENTWURF -

Stand 31. August 2018

Kassel **documenta Stadt**

Stadtplanung,
Bauaufsicht
und Denkmalschutz

BAS

Büro für Architektur und Stadtplanung

Impressum:

Magistrat der Stadt Kassel
Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz
- Stadtplanung -
Rathaus der Stadt Kassel
Obere Königstraße 8
34117 Kassel

Auftraggeber:

Grundstücksgesellschaft Humbert GmbH & Co.KG
Am Sandtorkai 37
20457 Hamburg
Tel.: 040 37674-0
Fax: 040 37674-100
mail: Schroeder@iskg.de
www.iskg.de

Bearbeitung:



Büro für Architektur und Stadtplanung
Querallee 43
34119 Kassel
Tel.: 0561 78808-70
Fax: 0561 710405
mail@bas-kassel.com
www.bas-kassel.com

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	5
1.1 Ziel und Zweck der Planänderung	5
1.2 Planverfahren und Verhältnis zur Urschrift des Bebauungsplanes	5
2. Planungsrechtliche Rahmenbedingungen und Bestandssituation	7
2.1 Übergeordnete Planung	7
2.2 Bestehendes Planungsrecht	7
2.3 Bestand	8
3. Festsetzungen des Bebauungsplanes	9
3.1 Maß der baulichen Nutzung	9
3.2 Flächen für Stellplätze und Garagen, Zufahrten	12
3.3 Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung	14
4. Durchführung, Bodenordnung und Kosten	15
5. Verfahren	15

Anhang

Textliche Festsetzungen

1. Einführung

1.1 Ziel und Zweck der Planänderung

Nach dem Abbruch des stark sanierungsbedürftigen Gebäudekomplexes des Sport- und Freizeitzentrums 'Campus Wolfsanger' im Jahr 2013 und nach Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2016) ist die Wohngebietsplanung durch die Grundstückseigentümerin, die Grundstücksgesellschaft Humbert GmbH & Co.KG aus Hamburg im Hinblick auf die Realisierung weiter vorangetrieben worden.

Auf der ca. 1,8 ha großen Liegenschaft zwischen 'Triftweg' (im Südosten), 'Bei den Vier Äckern' (im Südwesten), 'Schmaler Weg' (im Nordwesten) und der Straße 'Dessenborn' (im Nordosten) sollen nun auf der Basis des rechtskräftigen Bebauungsplanes insgesamt etwa 95 Wohneinheiten verteilt auf 16 Gebäude mit unterschiedlichen Bauformen entstehen. Abweichend vom derzeitigen Planungsrecht ist beabsichtigt, die von der Stadt geforderte überdurchschnittlich hohe und von der Stellplatzsatzung abweichende Anzahl an privaten Stellplätzen (1,5 pro Wohneinheit) zu einem größeren Teil in zwei Tiefgaragen in der Quartiersmitte herzustellen.

Insbesondere aufgrund der bewegten Topographie hat sich im Zuge der Konkretisierung des städtebaulichen Konzeptes und der weitergeführten Gebäudeplanung herausgestellt, dass sich zwei voneinander getrennte Tiefgaragen in Verbindung mit den durch den Bebauungsplan vorgegebenen größeren Baukörpern in der Quartiersmitte besser und auch städtebaulich und verkehrlich verträglicher umsetzen lassen. Dies wird vor allem auch durch die getrennte Erschließung erreicht - eine der beiden geplanten Tiefgaragen soll vom Schmalen Weg angefahren werden, die andere vom Triftweg.

Die neue Tiefgaragenkonzeption ist ohne Änderung der planungsrechtlichen Situation nicht genehmigungsfähig, da der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' in seiner Urschrift-Fassung die Zulässigkeit von Tiefgaragen durch zeichnerische Festsetzung von Flächen für Nebenanlagen mit der Zweckbestimmung 'Tiefgaragen' im so bezeichneten Wohngebiet WA 1 mit Zufahrten lediglich am Schmalen Weg festgesetzt hat.

Ziel und Zweck dieser 1. Änderung des Bebauungsplans ist neben der Schaffung einer planerisch abgesicherten Grundlage und eines städtebaulichen Rahmens für die Neuorganisation der unterirdischen Stellplätze auch die damit im Zusammenhang stehende Anpassung von Grundflächen und Geschossflächen für zwei Baufenster.

Im Rahmen der Änderung soll weiterhin eine Anpassung der Regelungen zum Ausbau der geplanten Mittelachse (Fußgänger- und Radfahrerbereich) entsprechend dem tatsächlichen Bedarf in Bezug auf die konkrete städtebauliche/hochbauliche Konzeption erfolgen. Statt des ursprünglich auch für Müllabfuhr und Feuerwehreinsatzfahrzeuge ausgelegten umfassenden Ausbaustandards sollen nun in etwas reduzierter Form lediglich die Schwerlast-Rettungstransportwagen maßgeblich sein.

1.2 Planverfahren und Verhältnis zur Urschrift des Bebauungsplanes

Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes wird auf der Grundlage des § 13a BauGB zur Nachverdichtung als 'Bebauungsplan der Innenentwicklung' beschleunigt im 'Vereinfachten Verfahren' nach §13 BauGB durchgeführt.

Die Voraussetzungen für die Anwendung des sog. 'beschleunigten Verfahrens' in § 13a (1) wurden bereits im Aufstellungsverfahren zur Urschrift des Bebauungsplanes geprüft. Es ist eindeutig festzustellen, dass eine Grundfläche von 20.000 m² nicht erzielt werden kann, da der Geltungsbereich insgesamt nur eine Fläche von rund 19.200 m² aufweist. Durch die Planung wird kein Vorhaben ermöglicht, welches die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erfordert. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 (6) Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter durch den Bebauungsplan bestehen nicht.

Es ist darauf hinzuweisen, dass im beschleunigten Verfahren einzelne Verfahrensschritte verkürzt oder gar nicht durchgeführt werden. Hierauf ist bei den verschiedenen Beteiligungsschritten entsprechend hinzuweisen. Bei der Durchführung im beschleunigten Verfahren sind die besonderen Verfahrensvorschriften zu beachten. Insbesondere

- wird von § 2 (4) BauGB 'Durchführung Umweltprüfung' und § 2a BauGB 'Erstellung Umweltbericht' abgesehen und
- kann auf die frühzeitige Beteiligung verzichtet werden (§ 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB) und
- gelten die Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung dieses Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB 'vor der planerischen Entscheidung' erfolgt oder zulässig; ein Ausgleich der durch die Planung begründeten Eingriffe in Natur und Landschaft ist daher nicht erforderlich und
- müssen die Bekanntmachungen einen Hinweis darauf enthalten, dass das Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden soll.

Für die notwendige Berücksichtigung der Belange von Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege gemäß § 1 (6) Nr. 7 BauGB und den in § 1a BauGB genannten Vorschriften zum Umweltschutz i. V. mit § 11 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz wird auf den bestehenden Bebauungsplan verwiesen. Die vorgesehenen Änderung haben keine Auswirkungen hierauf.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB erfolgt voraussichtlich im Zeitraum November/Dezember 2018.

Weil die Inhalte der 1. Änderung eine Änderung der Planzeichnung erfordern, wird mit Erlangung der Rechtskraft dieser 1. Änderung die Planurkunde der Urschrift ersetzt. Neben den zu ändernden textlichen Festsetzungen behalten die anderen textlichen Festsetzungen weiterhin ihre Gültigkeit.

Da es sich bei dieser Änderung daher insgesamt um eine nicht-selbständige Änderung der Urschrift des Bebauungsplanes Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' handelt, werden in der hier vorliegenden Begründung lediglich die konkreten Änderungen erläutert. Für alle weiteren Informationen und Begründungsinhalte wird auf die Urschrift des Bebauungsplanes bzw. deren Begründung verwiesen.

Die 1. Änderung entfaltet ihre rechtsbindende Wirkung daher nur im Zusammenhang mit der Urschrift dieses Bebauungsplanes und überschreibt diese nicht vollständig.

2. Planungsrechtliche Rahmenbedingungen und Bestandssituation

2.1 Übergeordnete Planung

Für die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' kann eine Übereinstimmung mit den übergeordneten Planungsebenen festgestellt werden.

Auf folgenden übergeordneten Planungsebenen haben sich seit dem Satzungsbeschluss (10.12.2016) zur Urschrift des Bebauungsplanes Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' keine die vorliegende Planung bzw. den Geltungsbereich betreffenden Änderungen ergeben:

- Regionalplanung
- Flächennutzungsplanung (ZRK)
- Landschaftsplanung (ZRK)
- Lärmaktionsplan Nordhessen
- Luftreinhalteplanung
- Integriertes Klimaschutzkonzept

Da es sich im vorliegenden Fall um eine nicht-selbständige Änderung des Bebauungsplanes handelt, wird auf eine erneute Wiedergabe an dieser Stelle verzichtet und auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung zur Urschrift des Bebauungsplanes (Kap. 2) verwiesen.

2.2 Bestehendes Planungsrecht

Die rechtskräftige Urschrift des Bebauungsplanes Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' sieht ausschließlich allgemeine Wohngebietsflächen vor (WA, § 4 BauNVO).

Das Maß der baulichen Nutzung wird mit maximal zwei Vollgeschossen sowie unterschiedlichen absoluten Grund- und Geschossflächen festgesetzt, wobei in der Quartiersmitte durch die Festsetzung höherer Werte eine moderate Verdichtung vorgesehen ist. Die Höhe ist in m ü. NHN festgesetzt.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind in einzelnen Baufenstern für jedes Gebäude festgesetzt, lassen aber gewisse Spielräume für die genaue Anordnung der Gebäude.

In Nord-Süd-Richtung das Wohngebiet durchschneidend ist eine Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung als Fußgänger- und Radfahrerbereich vorgesehen mit einer platzartigen Aufweitung in der Mitte.

Private Stellplatzflächen wurden in Form straßenbegleitenden Parkens sowie teilweise in Tiefgaragen innerhalb der dafür vorgesehenen Flächen im westlichen Teil des Geltungsbereiches festgesetzt. Lediglich zwei Zufahrten zu den Tiefgaragen sind am Schmalen Weg zulässig.

Auf der nächsten Seite ist das Planbild der Urschrift abgebildet.

**Bebauungsplan Nr. VI/55
'Wohnbebauung Campus Wolfsanger'
Entwurf, Stand 01.09.2016**

Anlage 5



Zeichnerische Festsetzungen
Legende nach PlanZVO

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)
 ■ Allgemeines Wohngebiet WA
 § 4 BauNVO
 ■ WA 1.2 Bezeichnung von Teilflächen mit differenzierten Festsetzungen zu Traufhöhe / Gebäudehöhe

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)
 ■ Anzahl Vollgeschosse maximal (nach H 80, D 100 und 20 (1) BauNVO)
 ■ GR 1 260 Grundfläche nur Hauptgebäude - GR 1 für das jeweilige Baufenster in m² (§ 15 (2) Nr. 1 und 19 (2)-(4) BauNVO)
 ■ GR 2 325 max. Grundfläche Hauptgebäude zzgl. Flächen für das jeweilige Baufenster in m² (§ 15 (2) Nr. 4 und 18 BauNVO)
 ■ GR 2 500 nur Vollgeschosse für das jeweilige Baufenster in m² (§ 15 (2) Nr. 2 und 20 (1) BauNVO)
 ■ TH 194 maximale Traufhöhe TH in m UNH (§ 15 (2) Nr. 4 und 18 BauNVO)
 ■ OK 197 maximale Gebäudehöhe (OK) in m UNH (§ 15 (2) Nr. 4 und 18 BauNVO)
 ■ Abgrenzung unterschiedliches Maß der baulichen Nutzung

Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise
(§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)
 ■ Baugrenze (§ 23 (3) BauNVO)

Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB)
 ■ Umgrünung von Flächen für Nebenanlagen
 ■ Zweckbestimmung: Kinderspielfeld
 ■ Tpa Zweckbestimmung: Tiefgaragen

Verkehrsflächen, Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung, Anschluss an Verkehrsflächen
(§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)
 ■ Straßenverkehrsfläche, öffentlich
 ■ Private Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung
 Zweckbestimmung:
 ■ Gehweg / Fußgängerbereich
 ■ Fußgänger- / Radfahrerbereich
 Zweckbestimmung: Stellplätze
 ■ Ein-/Ausfahrtsbereich

Versorgungsflächen
(§ 9 (1) Nr. 12 BauGB)
 ■ Versorgungsfläche: Transformatorstation

Geh- und Leitungsrecht
(§ 9 (1) Nr. 21 BauGB)
 ■ mit Leitungsrecht zu belastende Flächen
 GR 1: 450
 GR 2: 630
 ■ mit Geh- und Leitungsrecht zu belastende Flächen

Vorgaben für die Bepflanzung
(§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)
 ■ Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
 ■ zu pflanzende Bäume

Geltungsbereich (§ 9 (7) BauGB)
 ■ Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des B-Planes

Hinweise / Planunterlagen
 ■ vorhandene Gebäude außerhalb des Geltungsbereiches
 ■ vorhandene Gebäude innerhalb des Geltungsbereiches, auch ehem. Gebäude (Campus)
 ■ Böschungen Bestand
 ■ Geländehöhen Bestand (Fahrbahnrand) in m UNH
 ■ Flurstücknummer
 ■ Flurstücksgrenze
 ■ Flurgrenze

Planzeichnung Urschrift B-Plan Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger', unmaßstäbliche Verkleinerung

2.3 Bestand

An der Bestandssituation in der Umgebung haben sich seit Beschluss der Bebauungsplanes Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' vom 10.12.2016 keine, die vorliegende Planung bzw. den Geltungsbereich betreffenden, wesentlichen Änderungen ergeben. Das Abräumen der Fläche zur Vorbereitung für eine Bebauung ist weiter fortgesetzt worden.

Im Geltungsbereich sind seit dem o. g. Beschluss des Bebauungsplans die bestehenden Gebäude zurückgebaut worden, die Bäume gefällt sowie die sonstige Vegetation weitgehend gerodet worden. Im Übrigen wird auch hinsichtlich der Bestandsituation auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung zur Urschrift des Bebauungsplanes (Kap. 3) verwiesen.

3. Festsetzungen des Bebauungsplanes

Mit Erlangung der Rechtskraft dieser 1. Änderung wird die Planurkunde der Urschrift ersetzt. Neben den zu ändernden textlichen Festsetzungen behalten die anderen textlichen Festsetzungen (vgl. Anhang *kursiv* gedruckt) weiterhin ihre Gültigkeit.

Da es sich bei dieser Änderung daher insgesamt um eine nicht-selbständige Änderung der Urschrift des Bebauungsplanes Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger' handelt, werden in der hier vorliegenden Begründung lediglich die konkreten Änderungen erläutert. Für alle weiteren Informationen und Begründungsinhalte wird auf die Urschrift des Bebauungsplanes bzw. deren Begründung verwiesen.

Die 1. Änderung entfaltet ihre rechtsbindende Wirkung daher nur im Zusammenhang mit der Urschrift dieses Bebauungsplanes und überschreibt diese nicht vollständig.

Gegenstand der 1. Änderung sind:

- die zeichnerische Festlegung der Flächen für Nebenanlagen mit der Zweckbestimmung ‚Tiefgaragen‘
- die in das Planbild aufgenommene Begrenzung der maximalen Grundfläche GR 1 und der Geschossfläche GF in den Baugebieten WA 2.2 und WA 2.4
- die textlichen Festsetzungen 4.3 bis 4.5 zu Anordnung und Dimensionierung von Tiefgaragen und ihrer Zufahrtsbereiche sowie zum Stellplatznachweis in Tiefgaragen
- die textliche Festsetzung 6.1 zum Ausbaustandard der als Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung (Fußgänger-/Radfahrerbereich) zeichnerisch festgesetzten Mittelachse.

3.1 Maß der baulichen Nutzung

In der Planzeichnung wird das Maß der baulichen Nutzung für die beiden Baufenster WA 2.2 und 2.4 geändert. Dies betrifft die Grundfläche für die Hauptgebäude (GR 1) und die Geschossfläche (GF) wie folgt:

	Urschrift		1. Änderung	
	GR 1	GF	GR 1	GF
WA 2.2	360	720	400	800
WA 2.4	450	900	410	820

In der Addition bleiben die Gesamt-Grundfläche und die Geschossfläche also gleich. Es findet lediglich eine – gemessen am Gesamtumfang geringfügige – „Verschiebung“ zwischen diesen beiden Baufeldern statt.

Grund für diese Änderung ist eine Optimierung der städtebaulichen Konzeption im Zuge der weitergeführten Gebäudeplanung. In dem sehr eng um das ursprüngliche städtebauliche Konzept festgesetzten planungsrechtlichen Rahmen lässt sich die aktuell geplante Tiefgaragenlösung in Verbindung mit einer darauf abgestimmten Planung für die aufsteigenden Gebäude nicht umsetzen.

In der schwierigen topographischen Situation des Geländes ermöglicht die Änderung, dass in den Baufenstern WA 2.2, 2.4 und 3.2 eine gemeinsame Tiefgarage mit zwei gleichartigen Gebäuden in den Baufenstern WA 2.2 und 3.2 (mit identischer Grundfläche) realisiert werden kann. Damit wird in der Folge auch die Anzahl der barrierefrei erreichbaren Wohneinheiten deutlich steigen.

**Bebauungsplan Nr. VI/55
'Wohnbebauung Campus Wolfsanger'
1. Änderung Entwurf, Stand 31.08.2018**



Zeichnerische Festsetzungen
Legende nach PlanZVO

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)
Allgemeines Wohngebiet WA 3 a BauNVO

z.B. WA 1.2 Bezeichnung von Teilflächen mit differenzierten Festsetzungen zu Traufhöhe / Gebäudehöhe

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)
II Anzahl Vollgeschosse maximal (nach H80-Definition)
(§ 16 (2) Nr. 3 und 20 (3) BauNVO)

z.B. GR 1 260 Grundfläche nur Hauptgebäude - GR 1 für das jeweilige Baufeld in m² (§ 16 (3) Nr. 1 und 19 (2)-(4) BauNVO)
z.B. GR 2 325 max. Grundfläche Hauptgebäude zzgl. Flächen nach § 19(4) BauNVO - GR 2 für das jeweilige Baufeld in m²
z.B. GF 520 Geschossfläche nur Vollgeschosse für das jeweilige Baufeld in m² (§ 16 (3) Nr. 2 und 20 (3)-(4) BauNVO)
z.B. TH 194 maximale Traufhöhe TH in m (NHN) (§ 16 (2) Nr. 4 und 18 BauNVO)
z.B. OK 197 maximale Gebäudehöhe (OK) in m (NHN) (§ 16 (2) Nr. 4 und 18 BauNVO)

Abgrenzung unterschiedliches Maß der baulichen Nutzung

überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise
(§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)
Baugrenze (§ 23 (3) BauNVO)

Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB)
Umgränzung von Flächen für Nebenanlagen
Zweckbestimmung: Kinderspielfeld
Tga Zweckbestimmung: Tiefgaragen

Verkehrsflächen, Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung, Anschluss an Verkehrsflächen
(§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)
Straßenverkehrsfläche, öffentlich
Private Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung
Zweckbestimmung:
Gehweg / Fußgängerbereich
Fußgänger- / Radfahrerbereich
Zweckbestimmung: Stellplätze
Ein-/Ausfahrtbereich

Versorgungsflächen
(§ 9 (1) Nr. 14 BauGB)
Versorgungsfläche: Transformatorstation

Geh- und Leitungsrecht
(§ 9 (1) Nr. 21 BauGB)
mit Leitungsrecht zu belastende Flächen
mit Geh- und Leitungsrecht zu belastende Flächen

Vorgaben für die Bepflanzung
(§ 9 (1) Nr. 23a BauGB)
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
zu pflanzende Bäume

Geltungsbereich (§ 9 (7) BauGB)
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des B-Planes

Hinweise / Planunterlage
vorhandene Gebäude außerhalb des Geltungsbereiches
vorhandene Gebäude innerhalb des Geltungsbereiches, auch ehem. Gebäude (Campus)
Büschungen Bestand
Geländehöhen Bestand (Fahrbahnrand) in m NHN
Flurstücksnummer
Flurstücksgrenze
Flurgrenze
Maßketten

Maßstab 1 : 500

BAS

Planzeichnung 1. Änderung B-Plan Nr. VI/55 'Wohnbebauung Campus Wolfsanger', unmaßstäbliche Verkleinerung

Aus städtebaulicher Sicht ist diese leichte Erhöhung der Grundfläche GR 1 und der Geschossfläche GF am Dessenborn (WA 2.2) bei gleichzeitiger Verringerung am Triftweg (WA 2.4) mit Blick auf die topografische Situation und die Auswirkungen der neuen Bebauung auf die umliegenden Bestandsgebiete positiv zu beurteilen. Die vorhandene Wohnbebauung auf der gegenüberliegenden Seite des Triftwegs (hangabwärts, unterhalb des Plangebietes) ist von der Entwicklung des Neubauquartiers tendenziell stärker betroffen als die höhergelegene Wohnbebauung nördlich des Dessenborn, zu der auch noch ein größerer Abstand eingehalten wird.



Städtebauliches Konzept
Vorabzug Stand 08.2018



Städtebauliches Konzept
(UG mit Tiefgarage)
Vorabzug Stand 08.2018

Die mit der Änderung verbundene Möglichkeit, eine größere Anzahl von Fahrzeugen in der Tiefgarage unterzubringen, entspricht der städtebaulichen Zielsetzung des Bebauungsplans, einen wesentlichen Anteil des ruhenden Verkehrs unterirdisch abzustellen und dadurch die umgebenden Wohnstraßen nicht unverhältnismäßig durch einen zunehmenden Parkraumdruck zu belasten.

Wegen der in der Summe gleichbleibenden Grundstücksausnutzung können umweltrelevante Auswirkungen (z.B. in Bezug auf Versiegelung, Vegetationsflächenanteil, Regenwasserabfluss) ausgeschlossen werden.

3.2 Flächen für Stellplätze und Garagen, Zufahrten

Die zuvor bereits beschriebene Optimierung der städtebaulichen Situation und der Organisation des ruhenden Verkehrs durch größere gemeinsame Tiefgaragen (Tga) in der Quartiersmitte betrifft neben den Baufenstern WA 2.2, 2.4 und 3.2 auch die Baufenster WA 2.1, 3.1 und 3.3. Insgesamt sollen zwei neue Flächen für Tiefgaragen zeichnerisch festgesetzt werden. Die bestehende Fläche um die am Schmalen Weg angeordneten Baufenster des WA 1 (WA 1.1 bis WA 1.4) entfällt.

Da die beiden zeichnerisch neu umgrenzten Flächen für Nebenanlagen mit der Zweckbestimmung 'Tiefgarage' in der Summe deutlich größer sind als die bislang in der Urschriftfassung des Bebauungsplanes festgesetzten Flächen, wird zusätzlich die Tiefgaragenfläche unterhalb der Geländeoberfläche, die nicht von Gebäuden überbaut sind, auf eine Fläche von max. 800 m² je Tga-Fläche begrenzt. Mit dieser Begrenzung wird sichergestellt, dass die maximal zu versiegelnde Fläche im Vergleich zur Urschrift des Bebauungsplanes nicht zunimmt.

Auf der Grundlage der bisherigen Festsetzung im WA 1 hätte sich im ‚ungünstigsten Fall‘ eine außerhalb von Gebäuden zu unterbauende Fläche von rund 2.000 m² durch die Tiefgaragen ergeben können (Fläche für Tga ca. 3.000 m² abzgl. GR 1 ca. 1.000 m²).

In die Grundfläche ‚GR 2‘ (unverändert definiert durch Textfestsetzung 2.1) sind diese Flächen von Tiefgaragen unterhalb der Geländeoberfläche entsprechend nicht hineinzurechnen.

Zudem ist davon auszugehen, dass bei der aktuellen Planung mit vergrößerten Tiefgaragenflächen die mit der Urschrift des Bebauungsplanes festgesetzte Mindeststärke für die Vegetationstragschicht (durchwurzelte Schicht) bei einer Verwendung von Filterschichten und Wasserspeicherschichten über Tiefgaragen von mindestens 30 cm übertroffen wird. Ausgehend von der topografischen Situation erfordert die Einbindung in das Gelände Schichtstärken von mindestens 40 cm – diese werden im Mittel voraussichtlich noch dicker sein.

In diesem Zusammenhang wird auf eine ergänzende Klausel im zugehörigen städtebaulichen Vertrag hingewiesen, durch die in Abstimmung mit dem städtischen Entwässerungsbetrieb (Kasselwasser) eine maximale Regenwasserabflussmenge für den Geltungsbereich vorgegeben wird.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Einhaltung der vorgegebenen Regenwasserabflussmenge auf Grundlage des aktuellen städtebaulichen Konzepts:

Die Beschränkung auf maximal zwei zulässige Tga-Zufahrten bleibt erhalten.

Bisher waren Zufahrten jedoch lediglich vom Schmalen Weg zulässig (Textfestsetzung 4.5) und folglich auch zwei Zufahrten an dieser Straße möglich.

Aus der Festsetzung, die bislang bestimmt, dass für Bauvorhaben im Bereich der Tiefgaragen-Flächen mindestens ein Stellplatz pro Wohneinheit als Tga-Stellplatz nachzuweisen ist (Nr. 4.4 bezog sich bisher auf das Wohngebiet WA 1 am Schmalen Weg), ergibt sich nun, dass in jedem Fall zwei Tiefgaragen errichtet werden müssen – je eine in jeder für die Errichtung von Tiefgaragen zeichnerisch festgesetzten Fläche. Dies bedeutet weiter, dass jeweils nur eine Zufahrt am Schmalen Weg und am Triftweg entsteht. Die Verteilung der Verkehre führt zu einer besseren städtebaulichen und verkehrlichen Verträglichkeit.

Bebauungsplan Kassel-Wolfsanger Nr. VI/55 „Wohnbebauung Campus Wolfsanger“
 Ermittlung Regenwasserabflussmenge

29.08.2018



Eingangsdaten:

Maßgebliche Bemessungsfläche ist das heutige Privatgrundstück: 17.680 m²
 durchschnittliche Niederschlagsmenge in Kassel: 660 mm/Jahr
 Bemessungsregenspende für das Plangebiet (KOSTRA n=1/a; D=5 min; n=0,2): 221,4 l/(s x ha)

Bestand	Flächenart	Beschaffenheit	Flächengröße m ²	Abflussbeiwert Y	Bemessungsregenspende l/(s x m ²)	Regenwasserabfluss l/s
Gebäude		Dachflächen, befestigt	5.250	1,00	0,02214	116,24
		Dachflächen, extensiv begrünt	0	0,50	0,02214	0,00
		Dachflächen, intensiv begrünt	0	0,30	0,02214	0,00
Verkehrsflächen		Beton, Asphaltbelag	0	1,00	0,02214	0,00
Gehwegflächen am Straßenrand		Betonpflaster, Plattenbeläge mit Fugenanteil < 15%	0	0,70	0,02214	0,00
Befestigte Grundstücksflächen im Quartier (Gehwege, Stellplätze, Höfe)		Betonpflaster, Plattenbeläge mit Fugenanteil < 15%	1.350	0,70	0,02214	20,92
Befestigte Grundstücksflächen im Quartier (Gehwege, Stellplätze, Höfe)		Beton-, Natursteinpflaster mit Fugenanteil > 15%	0	0,60	0,02214	0,00
		wassergebundene Decke	0	0,50	0,02214	0,00
Tennisplätze, Stellplätze		Rasengittersteine	2.950	0,30	0,02214	19,59
Gärtnerisch gepflegte Bereiche		Rasen	720	0,30	0,02214	4,78
Vegetationsflächen, unbebaute/ungenutzte Flächen		100 % wasserdurchlässige Flächen, Vegetationsflächen	7.410	0,00	0,02214	0,00
Geltungsbereich gesamt			17.680	0,41	0,02214	161,53

Planung	Flächenart	Beschaffenheit	Flächengröße m ²	Abflussbeiwert Y	Bemessungsregenspende l/(s x m ²)	Regenwasserabfluss l/s
Gebäude (Basis: GR-Flächen aus B-Plan)		Dachflächen, befestigt (Dachterrassen)	1.190	1,00	0,02214	26,35
		Gründach, Aufbauhöhe <10 cm	0	0,50	0,02214	0,00
		Gründach, Aufbauhöhe >=10 cm	3.570	0,40	0,02214	31,62
Tga-Zufahrten (Verkehrsflächen)		Beton, Asphaltbelag	205	1,00	0,02214	4,54
Gehwegflächen am Straßenrand (öffentlich)		Betonpflaster, Plattenbeläge mit Fugenanteil < 15%	240	0,70	0,02214	3,72
Zentrale Erschließung im Quartier (Verkehrsflächen)		Betonpflaster, Plattenbeläge mit Fugenanteil < 15%	830	0,70	0,02214	12,86
Private Gehwegflächen im Quartier (Nebenanlagen)		Betonpflaster, Plattenbeläge mit Fugenanteil < 15%	530	0,70	0,02214	8,21
Befestigte Grundstücksflächen im Quartier (Nebenanlagen)		Betonpflaster, Plattenbeläge mit Fugenanteil > 15%	1.355	0,60	0,02214	18,00
Stellplatzflächen am Straßenrand		Beton-, Natursteinpflaster mit Fugenanteil > 15%	950	0,60	0,02214	12,62
		wassergebundene Decke	0	0,50	0,02214	0,00
Stellplatzflächen im Quartier		Rasengittersteine, Kies, Schotter	0	0,30	0,02214	0,00
		Vegetationsfläche	1.600	0,15	0,02214	5,31
50 % der privaten Hausgärten, Spielplatzbereiche		Rasen	3.500	0,30	0,02214	23,25
50 % der privaten Hausgärten, Spielplatzbereiche		100 % wasserdurchlässige Flächen, Vegetationsflächen	3.500	0,00	0,02214	0,00
Grünstreifen in Stellplatzflächen am Straßenrand		100 % wasserdurchlässige Flächen, Vegetationsflächen	210	0,00	0,02214	0,00
Geltungsbereich gesamt			17.680	0,37	0,02214	146,48

Vorgabe KasselWasser

17.680

146,00

Erläuterungen:

Für die vorliegende Ermittlung der Regenwasserabflussmenge wurde nicht der gesamte Geltungsbereich herangezogen, sondern die Fläche des Bestandsgrundstücks zu Grunde gelegt, die maßgeblich für die vom Eigentümer/Investor nachzuweisende Regenwasserabflussmenge ist. Die im B-Plan-Entwurf innerhalb der Eigentumsfläche liegenden öffentlichen Gehwege sind für diese Abflussmengenmittlung durch die teilweise außerhalb liegenden maßgeblichen privaten Stellplatzflächen ersetzt worden.

Als Versiegelungsflächen auf den Baufeldern entfallen Stellplätze und Zufahrten, da deren Herstellung nur als Tiefgaragen oder am Rand des Quartiers an den umgebenden Straßen zulässig ist.

Der Abflussbeiwert von 0,15 für Grünflächen über Tiefgaragen ergibt sich als Mittelwert der Abflussbeiwerte für Rasenflächen und 100 % wasserdurchlässige Vegetationsflächen. Im B-Plan festgesetzt ist eine mind. 0,5 m mächtige Substratschicht als Tiefgaragenüberdeckung. Durch die ausgeprägte Topographie ergibt sich eine durchschnittliche Überdeckung von mindestens ca. 0,6 m.

3.3 Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung

Die in Nord-Süd-Richtung verlaufende private Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung 'Fußgänger-/Radfahrerbereich', die auch weiterhin mit einer Breite von 4,25 m zeichnerisch festgesetzt ist, soll unverändert eine der Allgemeinheit dienende fußläufige Verbindung zwischen den Straßen 'Dessenborn' und 'Auf den vier Äckern' sicherstellen.

Im Zuge des Änderungsverfahrens sollen aber die durch Textfestsetzung (Nr. 6.1) ebenfalls gesicherten Ausbaustandards, die an der ursprünglichen Konzeption ausgerichtet worden sind, angepasst werden. In der Urschrift des Bebauungsplanes wurde berücksichtigt, dass die Mittelachse auch für die Einsatzfahrzeuge der Stadtreiniger und der Feuerwehr (mit ihren jeweils größten Fahrzeugen) ausgelegt sein müsse.

Dies ist nach heutigem Stand nicht erforderlich. Nach der aktuellen Planung des Wohnquartiers ist die Ver- und Entsorgung auch der Gebäude in der Quartiersmitte vollständig über die umgebenden Straßen vorgesehen. Es sollen auch Abfallbehältersammelplätze an den äußeren Rändern des Wohngebietes angelegt werden. Der bisher vorgesehene Ausbau der Mittelachse für ein dreiachsiges Müllfahrzeug ist demzufolge nicht notwendig.

Die Feuerwehr hat in einer Beurteilung des städtebaulichen Konzepts bestätigt, dass diese Mittelachse auch nicht als Feuerwehrezufahrt benötigt wird, da der maximale Abstand von Gebäudeteilen zur nächsten öffentlichen Verkehrsfläche nicht wesentlich größer als 50 m ist und kein besonderes Gefahrenpotential hinsichtlich der Gebäudehöhe oder -kubatur sowie der Bewohnerstruktur gegeben ist (z. B. kein Seniorenwohnheim).

Lediglich die Befahrbarkeit durch den Schwerlast-Rettungstransportwagen für Nordhessen der Kasseler Feuerwehr mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 8,6 t muss gewährleistet sein.

Die Fläche wird darüber hinaus weiterhin für eine potenzielle Leitungsführung gesichert (Textfestsetzung 8.1).

4. Durchführung, Bodenordnung und Kosten

Die Grundstückseigentümerin, die Grundstücksgesellschaft Humbert GmbH & Co.KG aus Hamburg, möchte im Plangebiet Wohngebäude errichten. Mit der **Umsetzung des Vorhabens** soll begonnen werden, sobald das Bebauungsplanverfahren so weit fortgeschritten ist, dass die Genehmigungsfähigkeit des Projekts ausreichend sichergestellt ist.

Die **Kosten** für das Bebauungsplanverfahren gehen zu Lasten der Grundstückseigentümerin. Die Grundstückseigentümerin hat auch die anderen Kosten zu tragen, die mit der Realisierung des Bauvorhabens anfallen. Dies betrifft neben den Herstellungskosten insbesondere der Erschließungsanlagen im Geltungsbereich auch die spätere Unterhaltung der im Baugebiet liegenden Wegeflächen.

Im Hinblick auf die Umsetzung wurde zwischen der Stadt Kassel und dem Eigentümer der Privatgrundstücke ein städtebaulicher Vertrag mit Wirkung für den gesamten Geltungsbereich geschlossen, der im Zusammenhang mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes durch einen entsprechenden Nachtrag ergänzt wird.

5. Verfahren

Das Bauleitplanverfahren wird auf der Grundlage der Anwendung des § 13 BauGB für das beschleunigte Verfahren mit den folgenden Verfahrensschritten durchgeführt:

.....	Aufstellungs-, Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss StaVO
..... bis	Öffentliche Auslegung nach § 3 (2) BauGB
	Parallele Trägerbeteiligung nach § 4 (2) BauGB
	mit Anschreiben vom
.....	Satzungsbeschluss StaVO

aufgestellt

Kassel, den 2018

Kassel, den 2018

Mohr
(Stadt Kassel)

Möller
(Planverfasser)

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (**BauGB**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 363)

Baunutzungsverordnung (**BauNVO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

Planzeichenverordnung (**PlanZV**) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist

Bundesnaturschutzgesetz (**BNatSchG**) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434) geändert worden ist

Wasserhaushaltsgesetz (**WHG**) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVPG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist

Bundes-Immissionsschutzgesetz (**BImSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist

Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (**HAGBNatSchG**) vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I 2010 S.629), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 184).

Hessische Bauordnung (**HBO**) in der Fassung vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198), Inkraftgetreten am 7. Juli 2018

Hessische Gemeindeordnung (**HGO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Juni 2018 (GVBl. S. 198).

Hessisches Wassergesetz (**HWG**) vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Art 1 Gesetz vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 184).

Hessisches Gesetz über das öffentliche Vermessungs- und Geoinformationswesen (**HVGG**) vom 6. September 2007 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 3. Mai 2018 (GVBl. S. 82).

Hessisches Denkmalschutzgesetz (**HDSchG**) in der Fassung vom 28. November 2016 (GVBl. S. 211).

Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (**Baumschutzsatzung**) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Satzung zur Herstellung, Ablösung und Gestaltung von Stellplätzen und zur Herstellung von Abstellplätzen für Fahrräder (**Stellplatzsatzung**) in ihrer jeweils gültigen Fassung.